

P R e s s e

S P i e g e l

## Polen - Pressespiegel 15/2024 vom 11.04.2024

---

Das finden Sie in dieser Ausgabe

- *Polen nach PiS: Sisyphus-Demokratie*
- *Radosław Sikorski: Es wird einen NATO-Auftrag für die Ukraine geben*
- *Marek Prawda: Polens Berufung ist es, eine aktive Rolle bei der Gestaltung eines funktionierenden Europas zu spielen*
- *Wird Putins schwarzer Traum wahr? Europa hat keine Zweifel mehr*
- *„Jeden Tag fragen wir uns: Haben wir Nahrung und Wasser für 10 Tage?“.  
Wie sich ein kleines Land in unmittelbarer Nähe Russlands fühlt*
- *Gesetz über Lebenspartnerschaften doch nicht so schnell? Kotula: PSL hat Zweifel*

Dazu wie immer ein Cartoon von Andrzej Mleczko und zum Schluss mal ein kluger, mal ein dummer Spruch der Woche

## Polen nach PiS: Sisyphus-Demokratie



Quelle: [wyborcza.pl](http://wyborcza.pl)

Ein Kommentar von **Prof. Wojciech Sadurski**

Ich schlage vor, dem Katalog der verschiedenen Demokratietypen wie liberale Demokratie, repräsentative Demokratie, direkte Demokratie, illiberale Demokratie usw. ein neues Genre hinzuzufügen, das ich (ohne Anspruch auf Urheberrechte) Sisyphus-Demokratie nenne. Dies ist die Art von Demokratie, die - in einem pessimistischen Szenario - aus der derzeitigen Übergangsperiode zwischen dem populistischen Autoritarismus der PiS und der echten, rechtsstaatlichen Demokratie, von der die Wähler der Koalition des 15. Oktober geträumt haben, hervorgehen könnte.

Sisyphos wurde bekanntlich für seinen Hochmut vom wütenden Zeus mit einer grausamen Strafe belegt: Er musste ständig einen Felsbrocken den Berg hinaufrollen, der kurz vor der Spitze zurückrollte, und der unglückliche Sisyphos musste noch einmal von vorne anfangen. So kann die mühsame Reparatur des polnischen Systems aussehen, das von der PiS gerade für den Fall der Wahlniederlage tief vermint wurde. Verschiedene Fallen und Fallstricke wurden gesetzlich verankert, damit die PiS auch bei einer Niederlage die wichtigsten Machtinstrumente behalten kann. Die zahlreichen Institutionen, Ämter und Spielregeln sollten der PiS garantieren, dass den neuen, demokratisch gewählten Behörden die Hände gebunden sind und sie den Felsbrocken nicht hinaufrollen können.

Beispiele für die gesetzlichen, institutionellen und menschlichen Hinterhalte der PiS gibt es zuhauf, und die neue Regierung hat viele von ihnen recht geschickt gemeistert, trotz der theatralischen Empörung der PiS,

die zu erwarten war, und, etwas weniger zu erwarten, die der Schöngestigen auf der demokratischen Seite, die uns immer wieder ermahnen, was wir in einer Demokratie nicht tun sollten, ohne zu erklären, wie man diese Hinterhalte vermeiden kann.

Professor Ryszard Piotrowski (persönliche Erklärung: seit Langem ein geschätzter Berufskollege von mir), der von der PiS gerne als Beweis dafür zitiert wird, dass auch die ehrlicheren Demokraten von Ministerpräsident Tusk oder den Ministern Bodnar und Sienkiewicz angewidert sind, zeichnet sich in dieser Hinsicht aus. Er protestierte zum Beispiel gegen die Vorstöße von Minister Sienkiewicz in den Aufsichtsräten der öffentlich-rechtlichen Medien, indem er daran erinnerte, dass für sie nicht das Gesetz über Handelsgesellschaften gilt (wie der Minister und seine Anwälte es taten), sondern die Gesetze über den Nationalen Medienrat und den Nationalen Rundfunkrat. Das heißt, das PiS-Gesetz, das den Nationalen Rat verfassungswidrig seiner Kompetenzen beraubt, der übrigens inzwischen von der PiS übernommen wurde und für die nächsten Jahre unter der Aufsicht eines Miniatur-Savonarolas steht.

Ich schätze die Ehrlichkeit und den guten Willen der Schöngestigen; ich selbst wurde an der juristischen Fakultät im Geiste von „Dura lex sed lex“ erzogen, aber ich denke, dass sie zutiefst und tragisch falschliegen. Würden ihre Proteste ernst genommen, würde die derzeitige Übergangszeit niemals enden - ganz wie die Bemühungen des unglücklichen Sisyphos.

### **Der verminte Staat**

Beispiele für die erfolgreiche Demontage des Systems lieferte etwa der bereits erwähnte Minister Sienkiewicz, der die ungeschickte Haushaltspolitik von Präsident Duda in Bezug auf die öffentlichen Medien geschickt ausnutzte, oder Minister Bodnar, der sich auf einen elementaren Fehler bei der Ernennung eines ehemaligen Landesstaatsanwalts stützte, der für die Zeit nach dem Machtverlust der PiS eingesetzt werden sollte. In beiden Fällen hat die in Ungnade gefallene Regierung die Demontage zweier wichtiger Institutionen durch ihre eigene Parteilichkeit ermöglicht. Eine ähnliche Demontage findet gerade in diesen Tagen statt, wenn der Präsident versucht, die Ernennung von Dariusz Korneluk zum neuen Landesstaatsanwalt zu sabotieren, indem er sich seiner Stellungnahme zu dieser Ernennung primitiv entzieht. Das heißt, er versucht, Bodnar einen ersten Stellvertreter aufzuzwingen, der ein treuer Diener der PiS und des ehemaligen Ministers Ziobro ist.

Ich möchte daran erinnern, dass das PiS-Gesetz über die Staatsanwaltschaft vom Januar 2016 vorsieht, dass das Verfahren zur Ernennung des Generalstaatsanwalts drei Instanzen umfasst: den Generalstaatsanwalt/Justizminister, der den Antrag stellt, den Präsidenten, der eine (nicht bindende!) Stellungnahme abgibt, und den Premierminister, der die Ernennung vornimmt. Präsident Duda hat offenbar auf Betreiben des polnischen Machiavelli namens Mastalerek (wie der Fürst, so der Machiavelli) beschlossen, dass das Verfahren nicht abgeschlossen werden kann, wenn ein Glied in dem Verfahren - seine eigene Stellungnahme - fehlt, da seine Stellungnahme, wie er in einem verärgerten Schreiben vom 19. März an den Ministerpräsidenten erklärte, „obligatorisch“ sei.

Dies ist jedoch ein Trick auf dem Niveau eines gerissenen Neunmalklugen, nicht eines Juristen mit einem Hochschulabschluss, denn da selbst eine negative Stellungnahme des Präsidenten die Ernennung nicht verhindert, kann das Fehlen einer Stellungnahme die Wirksamkeit der Ernennung noch weniger beeinträchtigen. Andernfalls könnte der Präsident jede Entscheidung dieser Art sabotieren, indem er einfach nichts tut. Minister Bodnar war sich jedoch der Tatsache bewusst, dass das Fehlen einer Stellungnahme des Präsidenten auch bedeutet, dass er keine Stellungnahme abgeben wird. Dabei versuchte der Präsident zu der alten Masche zu greifen, dass es sich angeblich um einen Kompetenzstreit handle, der vom Verfassungsgericht zu lösen sei, aber das ist selbst diesem Präsidenten zu albern, denn schließlich streitet man nicht über eine Kompetenz, sondern wartet auf die Stellungnahme des Präsidenten. Und mit der Bezeichnung „obligatorisch“ hat der Präsident selbst zugegeben, dass er verpflichtet ist, sie abzugeben.

Leider lassen sich nicht alle Fallstricke, die die PiS ihren Nachfolgern gelegt hat, so leicht umgehen, denn nicht alle sind von so großer Ungeschicklichkeit der Autoren geprägt. Das polnische Rechtssystem wird

sehr umfassend und nicht nur punktuell durchleuchtet. Institutionen wie das Verfassungsgericht von Frau Magister Przyłębska, der bereits halb mit Neo-Richtern verseuchte Oberste Gerichtshof, der Neo-nationale Justizrat oder die beiden Monsterinstitutionen der öffentlichen Medien sind Beispiele für ernstere Fallstricke, die jedoch radikal und schnell beseitigt werden müssen, wenn das Staatsschiff, das derzeit auf hoher See repariert wird, ohne Bedenken in den Hafen der Demokratie einlaufen soll.

### **Gesetzliche Gesetzlosigkeit**

Nach dem Untergang des Dritten Reiches schrieb der große deutsche Jurist Gustav Radbruch - immer Anti-Nazi, unter Hitler zum Schweigen gebracht - 1946 einen Artikel: „Gesetzliche Gesetzlosigkeit und übergesetzliches Recht“. Der Titel ist bezeichnend. Gesetze können rechtswidrig sein, wenn das Gesetz zu einem Instrument brutaler Gewalt wird. Aber es gibt höhere Normen, die über dem gesetzlichen Recht stehen. Für Radbruch haben diese die Form des Naturrechts: Normen, die unserer Ethik innewohnen und die über den von den Herrschenden geschaffenen Gesetzen stehen. Der Grundsatz „Das Gesetz ist Gesetz“ führte, wie Radbruch schrieb, zur Hilflosigkeit der deutschen Juristen gegenüber Gesetzen, „die willkürlich und kriminell sind“. Das war schon so, bevor Deutschland unter Aufsicht der Westmächte das Grundgesetz von 1949 verabschiedete. Radbruch hatte also keinen Rechtsakt, auf den er sich bei seiner Kritik an den Gesetzen berufen konnte. Das änderte sich bald, und das deutsche Rechtsstaatsverständnis wandelte sich von der „Herrschaft der Gesetze“ zur „Herrschaft der Verfassung“.

Diese Art des Denkens brauchen wir heute in Polen. Da zahlreiche Gesetze, die während der „gesetzlichen Gesetzlosigkeit“ von 2015-2023 verabschiedet wurden, perfide Fallstricke für zukünftige (heute: aktuelle) demokratische Behörden enthalten, ist es notwendig, sich direkt auf die Verfassung als oberste Rechtsquelle zu berufen. Hierfür gibt es ein Instrument, das in der Verfassung selbst verankert ist und auf dessen Einhaltung alle Abgeordneten, Senatoren, Richter und Beamten schwören: Artikel 8, der besagt, dass die Verfassung Vorrang vor allen Rechtsakten hat und unmittelbar anwendbar ist. Das heißt, im Falle eines Widerspruchs zwischen der Verfassung und einem Gesetz gilt das Erstere.

### **Unzureichende Fortschritte in Sachen Verfassungsgericht von Przyłębska**

Aber, so wird jemand fragen, wer bestimmt, was mit der Verfassung vereinbar ist und was nicht? In normalen Zeiten wäre dies die Aufgabe des Verfassungsgerichts. Aber wir leben nicht in normalen Zeiten. Wir leben in einer Zeit der großen Prüfungen und des Wandels. Das Verfassungsgericht hat sich selbst aus dem Rechtskreislauf herausgenommen. Es existiert nicht mehr. Stattdessen gibt es eine groteske Gruppe von Usurpatoren. Von Zeit zu Zeit hören wir von ihrem nächsten Rabatz: irgendwelche Schutzmaßnahmen, irgendwelche Fälschungen von Geboten und Verboten. Sie sind es nicht wert, beachtet zu werden.

Alles in allem bedaure ich daher das Paket zum Verfassungsgerichtshof, das die Regierung dem Sejm am 6. März vorgelegt hat. Die Richtung ist gut, aber abgesehen von den Dingen, die zum jetzigen Zeitpunkt unrealistisch sind (Änderung der Verfassung, was zur Aufhebung der derzeitigen Zusammensetzung führt), läuft das Paket in seinen praktischen Konsequenzen darauf hinaus, dass der Vorsitz von Frau Przyłębska negiert wird, drei Doppelgänger entlassen werden und die übrigen „Richter“ gebeten werden, von ihren Posten zurückzutreten. Man könnte genauso gut auch Krystyna Pawłowicz dazu auffordern, ernst zu werden.

Ich fordere nicht erst seit heute, dass das gesamte Verfassungsgericht auf null gesetzt wird, denn ich weiß, dass die Abschaffung von nur drei Doppelmandaten (so gerechtfertigt sie auch sein mag) die PiS-Mehrheit im Gericht bis Ende 2025 festschreiben wird. Und das werden entscheidende Jahre sein, um den polnischen Staat zu reformieren, der durch acht Jahre Barbarei gelähmt ist. Ästhetischer wäre es natürlich, das Ganze per Gesetz aufzuheben, mit der Unterschrift des Präsidenten und der Bestätigung durch den Obersten Gerichtshof. Leider können wir uns diesen Luxus heute nicht leisten.

Wenn ich also mit dem Vorwurf konfrontiert werde, ich fordere Aktionen „am Rande der Legalität“ oder sogar Verstöße gegen die Regeln, antworte ich: Ich bin Verfassungsrechtler. Ein verfassungswidriges Organ muss aus dem öffentlichen Leben entfernt werden - das ist die zentrale Frage. Und wie man das macht - durch welchen Rechtsakt - ist in einem verminten Staat eine Nebenfrage.

Denn was ist die Alternative? Dass Polens unglückliche, angeschlagene Demokratie von Mine zu Mine, von Hinterhalt zu Hinterhalt, zwei Schritte vor, drei Schritte zurückgeht. Und diesen Felsbrocken, den die Autoritären provoziert haben, unaufhörlich und wirkungslos vor sich herschiebt. Wie Sisyphos.

**Zsfg.: AV**

<https://wyborcza.pl/7,75968,30849509,polska-po-pis-szyfowa-demokracja.html>



[www.mleczko.pl](http://www.mleczko.pl)

## LOKALISIEREN UND LIQUIDIERTEN

Zsfg.: JP

Mehr Informationen über den Künstler findet man auf den offiziellen Seiten:

<http://www.mleczko.pl/> und <http://www.sklep.mleczko.pl/>



## Radosław Sikorski: Es wird einen NATO-Auftrag für die Ukraine geben



Quelle: [wyborcza.pl](http://wyborcza.pl)

Von **Jarosław Marczuk**

**D**er Leiter des polnischen Außenministeriums versichert jedoch, dass die Entsendung von NATO-Truppen in die Ukraine nicht infrage kommt.

„Wir haben den Beschluss gefasst, eine NATO-Mission einzurichten. Das bedeutet nicht, dass wir in den Krieg eintreten, sondern dass wir nun in der Lage sein werden, die Koordinierungs-, Ausbildungs- und Planungskapazitäten des Bündnisses zu nutzen, um auf koordinierte Weise Unterstützung zu leisten“, sagte Radosław Sikorski, der Leiter des polnischen Außenministeriums, am Donnerstag nach zweitägigen Beratungen der NATO-Staaten in Brüssel.

Die Möglichkeit einer solchen Mission war bereits am Mittwoch bekannt geworden. Sie soll die Koordinierung der Hilfe für die Ukraine von der Ramstein-Gruppe übernehmen und sie unabhängig von politischen Veränderungen in den USA machen.

Zuvor hatte NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg auf einer Pressekonferenz eingeräumt, dass das Bündnis die Ukraine stärker unterstützen müsse. Er fügte hinzu, dass ein entsprechender Plan entwickelt werde, nannte aber keine Einzelheiten.

Zuvor war durchgesickert, dass für die Ukraine ein Fonds in Höhe von 100 Mrd. EUR über einen Zeitraum von fünf Jahren eingerichtet werden soll. Es war jedoch von Anfang an klar, dass sich diesbezügliche Entscheidungen bis mindestens Juli hinziehen würden.

## **Russland warnt die NATO**

Ende Februar erklärte der französische Präsident Emmanuel Macron, dass irgendwann Nato-Truppen in die Ukraine geschickt werden könnten. Einige Bündnisländer waren von diesen Worten überrascht und unterstützten sie nicht.

„Die Anwesenheit von NATO-Truppen in der Ukraine ist keine undenkbare Sache. Ich begrüße die Initiative des französischen Präsidenten Emmanuel Macron, denn es geht darum, dass Putin sich fürchtet und nicht darum, dass wir Angst von Putin haben“, kommentierte Sikorski damals.

Macrons Erklärung wurde von Kreml-Sprecher Dmitri Peskow angesprochen. Er drohte, dass die Präsenz von NATO-Truppen in der Ukraine zu einem Krieg mit Russland führen würde.

## **Putins Verschwörungstheorien**

Russland beschuldigt die NATO regelmäßig, feindliche Absichten zu hegen. Der Kreml bediente sich dieser Rhetorik, als er kurz vor dem Einmarsch in die Ukraine ein Ultimatum an die Bündnisstaaten stellte.

Seitdem hat er der NATO regelmäßig vorgeworfen, unter anderem Truppen in die Ukraine zu entsenden.

Nach dem Terroranschlag auf das Crocus City Hall begannen die Russen sogar, neben der Ukraine auch die USA und das Vereinigte Königreich für die Durchführung des Anschlags zu beschuldigen. Am

Donnerstag äußerte der russische Verteidigungsminister in einem Telefongespräch mit seinem französischen Amtskollegen die Hoffnung, dass französische Spezialeinheiten nicht an der Vorbereitung des Anschlags beteiligt waren. Macron bezeichnete die Andeutungen als „bizarr und bedrohlich“.

Am selben Tag erklärte Präsident Wladimir Putin, es sei unmöglich, dass der Anschlag auf das Crocus City Hall von islamischen Fundamentalisten verübt worden sei, da Russland „herzliche Beziehungen“ zur islamischen Welt unterhalte. Ziel des Anschlags durch „externe Kräfte“ sei es, die Einheit der russischen Gesellschaft zu brechen.

**Zsfg.: JP**

<https://wyborcza.pl/7,75399,30858857,radoslaw-sikorski-bedzie-misja-nato-dla-ukrainy.html>



## Marek Prawda: Polens Berufung ist es, eine aktive Rolle bei der Gestaltung eines funktionierenden Europas zu spielen



Quelle: [wyborcza.pl](http://wyborcza.pl)

Von **Marek Prawda**

*Dr. Marek Prawda ist Unterstaatssekretär im Außenministerium, nachdem er zuvor als polnischer Botschafter in Schweden, Deutschland und als ständiger Vertreter Polens bei der Europäischen Union tätig war. Außerdem war er Direktor der Vertretung der Europäischen Kommission in Warschau.*

**D**ie Berufung Polens besteht darin, dieses Europa aktiv mitzugestalten, damit es uns gefällt und den besten modernen Sinn des Zusammenseins zum Ausdruck bringt.

Da die Welt „von Grund auf unfertig“ ist, muss sich auch die Europäische Union verändern. Zumal sie aus der Notwendigkeit heraus geboren wurde, auf Probleme und Krisen zu reagieren, ist sie eine ständige und mühsame Suche nach Lösungen im Rahmen des Möglichen. Dadurch ist sie ständig zur Unvollkommenheit verurteilt, zu einer ewigen Baustelle. Die Gemeinschaft wurde aber mit großen Hoffnungen und viel Pathos gegründet, als Weg zum Glück oder zumindest als Möglichkeit, alle Sorgen, Kriege und wirtschaftlichen Streitigkeiten loszuwerden. Sie wurde als großes Versprechen dargestellt, das die Bürger zur Unterstützung mobilisieren und die Politiker zu kühnen Visionen anregen sollte. So entstanden Ideen einer extremen Entpolitisierung und der Glaube an ein ideales Integrationsmodell, das am Reißbrett in Brüssel entworfen werden konnte, der Glaube an die kausale Kraft der Regulierung und die Ersetzung nationaler

Identitäten durch eine einzige europäische. All dies wurde durch eine zunehmend technokratische Sprache unterstützt, die sich mehr an Interessengruppen als an die Bürger richtete.

Die Bürger wurden daher ungeduldig, umso mehr, als die Probleme fortbestanden und es dank der Existenz der Union nun jemanden gab, der für diese Probleme verantwortlich gemacht werden konnte. Die Union als „Versprechen“ nahm die Züge einer säkularen Religion an, die alles in die Zukunft schiebt und Kritik und alternative Ideen ablehnt. Auf diese Weise begann das europäische Projekt in einer gewissen Orthodoxie zu stagnieren und einer Utopie zu gleichen. Dieser Stillstand wurde von den Gegnern der Integration und anderen notorischen Spielverderbern ausgenutzt, die sich im Gegensatz zu den unkritischen Enthusiasten leicht als nachdenkliche Euro-Realisten präsentieren konnten. Die weltweite Konjunktur des Pessimismus kam ihnen dabei sehr entgegen. Unter diesen Bedingungen wurde der Anti-Mythos eines verträumten, ideologischen Europas, das nicht in der Lage ist, die Herausforderungen der Gegenwart zu bewältigen, gestärkt.

Darüber hinaus kam es zu einer Krise der Leistungsgesellschaft: Die Menschen glaubten nicht mehr, dass diejenigen, die mehr Geld hatten, dies dem Fleiß und der Kompetenz zu verdanken hatten. Vielmehr sahen sie solche Meinungen als einen Versuch der Eliten, ihre Privilegien zu verteidigen, und folgten ihnen nicht mehr. Dieser Trend begünstigt populistische Politiker, die sich davon ernähren, Ressentiments zwischen den Eliten und dem Volk zu schüren, z. B. die sozialen Kosten des politischen Wandels zu instrumentalisieren, Ängste zu schüren, aufrechtzuerhalten und allgemein Konflikte zu managen. In einer solchen Logik wird jeder Streit sehr schnell identitätsbasiert – in Frankreich wird es die Theorie der Ablösung der Eliten durch Einwanderer sein, in Polen das deutsche Streben nach Vorherrschaft in Europa. Auch die Union bewältigt es nicht so gut, denn sie hat sich, wie bereits erwähnt, für eine Entpolitisierung entschieden.

### **Abkehr von der Sprache der großen Verheißung**

Im Europäischen Parlament haben wir es mit einer Koalition von Parteien zu tun, die seit Jahren kontinuierlich ihre traditionellen Wählergruppen verlieren, deshalb schwächer werden und deshalb gezwungen sind, bunte Koalitionen zu bilden. Um miteinander auszukommen, verlieren sie an Aussagekraft, aber sie festigen auch den breiten Mainstream. Wer sich der Linie, auf die sich diese Parteien geeinigt haben, widersetzen will, muss den „Tisch umwerfen“. Das wiederum schürt die Extreme, was zu einer der größten Herausforderungen unserer Zeit wird. Es ist nun eine Debatte darüber zu erwarten, ob die Schaffung einer „konstruktiven Opposition“ im Europäischen Parlament eine Möglichkeit wäre, das Wachstum von Randgruppen einzudämmen. Aber das ist eine Quadratur des Kreises, denn das Europäische Parlament kann schließlich keine Kopie der nationalen Parlamente sein, so funktioniert es nicht. Um diesen Diskussionsstrang zusammenzufassen, sollte man in Zukunft auf jeden Fall erstens in der EU-Kommunikation eine Abkehr von der Sprache der großen Versprechungen hin zu einer pragmatischen Reaktion auf Krisen und zweitens eine stärkere Politikgestaltung als Instrument im Kampf gegen Populismus erwarten.

Diese Union wurde mit den Krisen der letzten Jahre konfrontiert. Bei der Bewältigung dieser Krisen hat die Union jedoch ihre Fähigkeit bewiesen, zu überleben, sich anzupassen und neue Instrumente zu schaffen. Aus diesem Erbe können wir jetzt die Richtung ihrer künftigen Entwicklung ablesen.

### **Von der Konvergenz zum Umbau**

Eine der Hauptbegründungen für das Integrationsprojekt war die Angleichung des Lebensstandards der Bevölkerung in reicheren und ärmeren Ländern. Die so genannte europäische Konvergenzmaschine wurde – abgesehen von einigen asiatischen Ländern – zum wirksamsten Mechanismus für die Schaffung wirtschaftlich zusammenhängender Gebiete. Mit dem Integrationsmodell, das darauf abzielte, die Kluft durch Konvergenz zu verringern, war die Forderung verbunden, die Einheit innerhalb der Union zu wahren. Länder, die sich zu diesem Grundsatz bekannten, konnten mit einem politischen Bonus rechnen. Dies war der Fall bei Polen, das sich einen Ruf als zuverlässiges Bindeglied zwischen den Ländern der Eurozone und den Ländern außerhalb der Eurozone, zwischen den reicheren und den ärmeren Ländern, erwarb. In der Tat hatten die meisten Länder ein gewisses Interesse daran, dass Polen erfolgreich ist.

Die Überbrückung der Gräben zwischen den mehr und den weniger entwickelten Ländern wird immer die Aufgabe der Union sein. Aber die Häufung der Krisen, vor allem der Schock der Covid-Pandemie, hat eine neue Hierarchie der Bedrohungen geschaffen. Man hat erkannt, dass wir in einem Zeitalter leben, in dem der Mensch die Welt gestaltet, aber gleichzeitig von den unbeabsichtigten Folgen seines eigenen Handelns überwältigt wird. Er muss befürchten, dass er eine Katastrophe riskiert, wenn er nicht die Kontrolle über sie zurückgewinnt. Eine Überarbeitung des europäischen Wirtschaftsmodells ist als das Gebot der Stunde erkannt worden. Das Hauptziel der Funktionsweise des gemeinsamen Marktes kann nicht mehr nur Wirtschaftswachstum sein, sondern eine nachhaltige Entwicklung, die auf der Erfüllung der klimatischen und sozialen Anforderungen beruht. Die Menschen geben sich nicht mehr mit dem Versprechen des Fortschritts und der Logik des Wachstums zufrieden. Sie wollen Anerkennung und Sinnhaftigkeit für ihr Tun, denn wie sich zeigt, sind es Defizite in diesem Bereich, die viele Proteste mehr anheizen als die Verschlechterung der wirtschaftlichen Bedingungen. So entstand die Idee des Europäischen Grünen Deals, eines Programms, das viel breiter angelegt ist als die Teile, gegen die heute protestiert wird.

Der Grüne Deal wird in ihrer jetzigen Form nicht überleben, denn der Krieg in der Ukraine hat die Hierarchie der Bedrohungen auf dem Kontinent und der damit verbundenen Investitionen erneut verändert. Die Union kann die Diagnose des Wiederaufbaus nicht ändern, aber sie muss das Rezept ändern. Abgesehen von objektiven externen Faktoren hat die Art und Weise, wie das Grüne Deal eingeführt wurde, eine bekannte Schwäche der Union offenbart, nämlich ihre Tendenz, sehr ehrgeizige Projekte einzuführen und die Mitgliedstaaten in die Pflicht zu nehmen, diese vor ihrer Öffentlichkeit zu rechtfertigen. Einmal mehr hat sich gezeigt, dass es nicht ausreicht, auf langfristige Vorteile zu verweisen, wenn die notwendigen Opfer es großen Teilen der Gesellschaft nicht erlauben, kurzfristig wettbewerbsfähig zu bleiben. Die Herausforderung für die kommenden Jahre wird darin bestehen, die Pläne so zu überarbeiten, dass sie eine breitere Unterstützung finden. Polen ist berechtigt, bei der Entwicklung solcher Lösungen eine wichtige Rolle zu spielen.

### **Von der Regelfabrik zur Schicksalsgemeinschaft**

Eine Union, die sich auf den Aufbau eines gemeinsamen Marktes und dessen Aufrechterhaltung durch Regulierungsmechanismen konzentrierte, gehört der Vergangenheit an. Seitdem Europa neue Zuständigkeiten in den Bereichen Währung, Grenzen und Außenpolitik erhalten hat, sind offene Streitigkeiten unvermeidlich geworden. Sie haben die duldsame Zustimmung zu fast allem, was in Brüssel beschlossen wurde, abgelöst. Denn als Wohlstand herrschte und die Arbeitsplätze zunahmen, kam es den Menschen nicht in den Sinn, sich beispielsweise über die Überregulierung durch Brüssel zu beschweren. Doch in Notsituationen entbrannten heftige öffentliche Debatten, zunehmend auch auf internationaler Ebene, da es immer weniger Themen gab, die nicht einen europäischen Aspekt aufwiesen. Es bestand die Notwendigkeit, auf unerwartete und externe Ereignisse kollektiv zu reagieren. Dies führte zu einer spektakulären Wiederaufnahme der politischen Arbeit. Die Union war gezwungen, anders über sich selbst nachzudenken. Sie musste sich der Sprache der Führung bedienen, die allmählich an die Stelle der Verkündigung universeller und sicherer Wahrheiten trat.

Der Einmarsch Russlands in die Ukraine hat diesen Trend radikal verstärkt. Es hat sich gezeigt, dass die Demokratie auch in der Lage sein muss, Kriege zu gewinnen. Um Freiheit und Frieden zu verteidigen, müssen wir die Macht der Abschreckung haben. Andernfalls werden wir mit der Stärke und der Rücksichtslosigkeit der anderen konfrontiert werden. Die Sorge um die Sicherheit und die Zukunft des Kontinents wird nun zum Kern des Integrationsprojekts. Polen, das zu den Ländern der nordöstlichen Region der Union gehört, die die gleiche Wahrnehmung von Bedrohungen teilen, ist an der Entwicklung der EU in diese Richtung interessiert. Es liegt in unserem Interesse, die europäische Rüstungsindustrie und die militärischen Fähigkeiten zu stärken. Die Zusammenarbeit mit den baltischen und skandinavischen Staaten könnte eine Möglichkeit für Polen sein, in der Situation des Krieges in der Ukraine wieder eine bedeutende Rolle auf der europäischen Bühne zu spielen.

## **Der Prozess der „Ostalisierung“ der EU**

Für die Zukunft der Union wird die wachsende Bereitschaft wichtig sein, den östlichen Faktor als Ergänzung zur europäischen Identität zu akzeptieren. Darüber hinaus erweist sich das östliche Fachwissen als notwendig, um die Herausforderung Moskaus zu bewältigen.

In den westlichen Gesellschaften und Eliten findet eine mentale Revolution statt. Sie betrachten den Osten nicht mehr nur durch die russische Brille, sondern sehen dort Gebilde mit Identitäten und Eigenheiten. Sie begreifen allmählich, dass sie bisher weniger die Ukraine als vielmehr die russische Geschichte über die Ukraine kannten. Daher war es zu einfach, ihnen weiszumachen, dass die Ukrainer Faschisten sind. Dieser Prozess der „Europäisierung“ der Europäischen Union bedeutet auch, die Hausaufgaben von 1989 nachträglich zu machen, als eine völlig neue Gemeinschaft geschaffen wurde und nicht nur – wie viele Experten immer noch behaupten – der Zerfall ineffektiver Systeme an der Peripherie. Diese Gemeinschaft nach 1989 wurde auch von Menschen mit Diktaturerfahrung aufgebaut, die ihre Kompetenzen, Werte und Träume und eine stärkere Sensibilität für einen antitotalitären Konsens mitbrachten.

Polen steht heute vor der Aufgabe, seine europäische Unverzichtbarkeit neu zu definieren, nachdem es eine Zeit lang infrage gestellt wurde, was es ist und wohin es geht. Die Wahlen am 15. Oktober 2023 haben die grundsätzlichen Zweifel ausgeräumt, konnten aber nicht alle Fragen zu unserer Rolle im Integrationsprozess Europas beantworten, das sich von einer Fabrik der Regeln in eine Schicksalsgemeinschaft verwandelt. Es wird sicher nicht der Gipfel unserer Bestrebungen sein, uns mit der Drohung eines Vetos gegen den Einfluss der größten Staaten und die Tatsache zu schützen, dass sie Europa nicht nach unserem Geschmack gestalten werden. Polens Berufung ist es, sich aktiv daran zu beteiligen, dieses Europa nach unserem Geschmack zu gestalten und den besten modernen Sinn des Zusammenseins zum Ausdruck zu bringen. Dies ist die Stunde des Weimarer Dreiecks, einer Miniaturgemeinschaft, die in der Vergangenheit dazu beigetragen hat, die Türen zu Union zu öffnen und den Nachbarn in der Not die Hand zu reichen. Dies ist jetzt besonders wichtig, da wir verstanden haben, dass eine Erweiterung der Union mit Sicherheit weniger kostspielig sein wird als eine Nichterweiterung.

**Zsfg.: JP**

[https://katowice.wyborcza.pl/katowice/7,35063,30840212,marek-prawda-powolaniem-polski-jest-aktywny-udzial-w-urzadaniu.html#S.TD\\_katowice-K.C-B.3-L.1.zw](https://katowice.wyborcza.pl/katowice/7,35063,30840212,marek-prawda-powolaniem-polski-jest-aktywny-udzial-w-urzadaniu.html#S.TD_katowice-K.C-B.3-L.1.zw)



## Wird Putins schwarzer Traum wahr? Europa hat keine Zweifel mehr



Quelle: [o2.pl](https://o2.pl)

Die jüngsten Ereignisse im Osten haben viele Diskussionen über die Verteidigungsfähigkeiten der Nato-Bündnisländer ausgelöst. Es ist kein Geheimnis, dass die Zahl der kampffähigen Soldaten in den meisten von ihnen eher ab- als zunimmt. Aus diesem Grund erwägen immer mehr Länder die Wiedereinführung der Wehrpflicht, um auf eine mögliche russische Aggression besser vorbereitet zu sein.

Einer der Hauptbefürworter dieser Idee ist Finnland. Obwohl das Land erst vor wenigen Monaten dem Bündnis beigetreten ist, verfügt es bereits über eine der stärksten Armeen in Europa. Dies ist zu einem großen Teil darauf zurückzuführen, dass es zusammen mit einer ausgebildeten Reserve über eine Armee von fast einer Million Menschen verfügt. Dies stellt eine wesentliche Stärkung der Verteidigungskapazitäten der NATO dar.

„Wir haben eine der stärksten Armeen in der NATO, eine sehr ernst zu nehmende Reservetruppe. Es sind 800.000 Mann, die wir schnell unter Waffen stellen können. Wir sprechen also von einer sehr wirksamen Abschreckungsmacht. Wir rechnen nicht mit einem sofortigen Angriff Russlands, aber wir sind bereit“, erklärte Premierminister Petteri Orpo in einem Interview mit der Rzeczpospolita.

Den Finnern und den Ländern der NATO-Ostflanke sollen auch andere Länder folgen.

### Europäische Länder wollen sich die finnische Armee zum Vorbild nehmen

Für viele Regierende in den europäischen Ländern war der 22. Februar 2022 wie eine Art kalte Dusche. Aus diesem Grund wird das Gerede über eine mögliche Wiedereinführung der Wehrpflicht immer lauter. Bereits heute haben Litauen und Lettland diesen Schritt vollzogen. In diesem Zusammenhang wird von der größten Bedrohung durch Russland gesprochen. Seit dem Kalten Krieg gibt es auch im benachbarten

Estland eine Dienstpflicht. Jetzt, da sich der Konflikt in der Ukraine hinzieht, diskutieren unter anderem das Vereinigte Königreich, Deutschland und Frankreich über ähnliche Maßnahmen.

Im Falle Polens ist es immer noch schwierig, eine eindeutige Position zu diesem Thema zu beziehen. Vor fast einem Jahr wurde jedoch eine große Reform der Armee angekündigt, die eine Aufstockung auf 300.000 Berufssoldaten vorsieht. Dies ist – trotz des wachsenden Trends, dass immer mehr Menschen in die polnische Armee eintreten – eine äußerst schwierig zu erfüllende Aufgabe.

Russland ist nach wie vor eine Bedrohung, und Wladimir Putin ist kein Partner, mit dem man reden und dem man vertrauen kann. Sein schwarzer Traum wird also wahr: Europa hat seine Illusionen aufgegeben und beginnt, sich auf einen möglichen Krieg mit Russland vorzubereiten.

**Zsfg.: JP**

<https://www.o2.pl/informacje/czarny-sen-putina-sie-spelni-europa-juz-nie-ma-zadnych-watpliwosci-7010837729410016a>



## „Jeden Tag fragen wir uns: Haben wir Nahrung und Wasser für 10 Tage?“. Wie sich ein kleines Land in unmittelbarer Nähe Russlands fühlt



Quelle: [wyborcza.pl](http://wyborcza.pl)

*Auszüge einer Reisereportage nach Estland inklusive Interview mit dem estnischen Verteidigungsminister **Hanno Pevkur** von **Mateusz Mazzini***

**F**lug von Helsinki nach Tallinn. Während der Krieg in Helsinki ein hörbares, aber dennoch fernes Echo ist, gleicht er in Tallinn einem Sandsturm. Er ist überall, obwohl die Front - die wirkliche, die militärische - anderthalb tausend Kilometer südlich von hier verläuft. Die russische Aggression und die ukrainische Aufopferung sind hier in der Luft zu spüren. Sie klebt fest auf der Haut, dringt in die Nasenlöcher ein, setzt sich wie Sand zwischen die Zähne. Manchmal hält sie einen wach - buchstäblich, wenn die Fassade des Einkaufszentrums gegenüber meinem Hotelzimmer die ganze Nacht in den Farben der ukrainischen Flagge leuchtet. Das ukrainische Gelb-Blau ist hier heute allgegenwärtig, obwohl die Stadt nicht wie eine gestresste Metropole aussieht. In der Tat kann man Tallinn kaum als Metropole bezeichnen. Mit 426.000 Einwohnern und einem Flughafen, der eine halbe Stunde Fußweg vom Stadtzentrum entfernt liegt. Heute ist er übrigens noch verlässener als der in Helsinki. (...)

### **Kaja Kallas und Olaf Scholz. Die Premierministerin spricht mit dem Kanzler Klartext**

„Ja, es ist ein bisschen leer. Wir haben viel von dem Reiseverkehr nach Osten verloren, und außerdem fliegen jetzt alle nach Riga. Das macht Sinn, schließlich ist es ein Land in der Mitte von uns dreien“, erklärt mir Eleka Rugam-Rebane von der Presseabteilung des Verteidigungsministeriums leicht frustriert. Sie holt

mich vom Empfangsbereich des Ministeriums ab, einem unauffälligen Gebäude im Stadtzentrum, dessen Stil an preußische Architektur erinnert. Vor dem Eingang wehen drei Flaggen: die von Estland, der NATO und der Ukraine. Dies ist ein typisches Bild für Tallinn im Jahr 2024, wobei die Flagge des Bündnisses an einigen Stellen durch die EU-Flagge ersetzt wurde. Die ukrainische Flagge ist jedoch überall zu sehen, sogar vor Hotels, privaten Gebäuden und Wohnblocks. Eleka drängt mich, als ich durch die Sicherheitskontrolle gehe. Es ist noch eine Viertelstunde Zeit bis zum Treffen mit Verteidigungsminister Hanno Pevkur, aber es kann sein, dass wir früher anfangen, der Zeitplan des Ministers ist sehr eng. (...) Die Esten beschränken sich schon lange nicht mehr darauf, bei jedem Niesen von Putin die Alarmsirenen zu betätigen. Die derzeitige Regierung und insbesondere ihre Chefin, Ministerpräsidentin Kaja Kallas, die als Spitzenkandidatin für den Posten des neuen NATO-Generalsekretärs gehandelt wird, steht der Aggression des Kremls ebenso kritisch gegenüber wie der Passivität des Westens. Sie ist bereits ein politisches Schwergewicht, insbesondere im Zusammenhang mit dem Krieg. Sie scheute sich nicht, dem US-Verteidigungsminister Lloyd Austin ins Gesicht zu sagen, dass der Konflikt auf andere Länder in der Region übergreifen wird, wenn Putin jetzt nicht gestoppt wird. Im Dezember 2022 reiste sie nach Berlin, wo sie an einer Debatte mit Bundeskanzler Olaf Scholz teilnahm. Dort leuchtete ihr Stern hell auf, als sie Deutschland immer wieder für seine jahrelange naive Politik gegenüber Russland und seinen Konservatismus bei der Lieferung von Waffen an die Ukrainer schimpfte. „Als der Eiserner Vorhang in Europa fiel, habt ihr euch nicht nach uns gesehnt. Aber wir nach euch. Wir sehnten uns nach Freiheit“, sagte sie, und der Saal antwortete mit Applaus. Kallas lässt die Welt wissen, dass die Menschen in ihrem Land wissen, was für eine Bedrohung der russische Imperialismus darstellt. Das Problem ist, dass die Welt diese Worte nicht ganz zu hören und zu verstehen scheint.

### **Waffen, Ausrüstung und eine Milliarde Dollar. Estland, führend bei der Unterstützung der Ukraine**

Hanno Pevkur, der die gleiche liberale estnische Reformpartei wie Kallas vertritt, teilt die Position seiner Chefin voll und ganz. Manchmal ist er sogar noch unverblümt. Im November 2023 kommentierte er weitere Berichte über russische Erfolge und ukrainische Verluste an der Front mit den Worten: „Wenn die baltischen Staaten fallen, wird Berlin als nächstes dran sein.“ Gleichzeitig wissen die Esten, dass die Unterstützung des Westens trotz der Garantien, die die NATO-Mitgliedschaft bietet, nicht umsonst zu haben ist. Aus diesem Grund sind Kallas, Pevkur und andere estnische Politiker laut und deutlich. Die Strategie der Regierung in Tallinn besteht darin, den Politikern in Washington, Brüssel oder London zu beweisen, dass sich die Zeiten geändert haben und die Welt anders aussieht als 1939 oder 1945. Wenn Estland nicht in Vergessenheit geraten will, muss es seinen Partnern zeigen, dass sie das Land ebenso brauchen, wie es sie braucht. Deshalb sind die Esten nicht nur gegenüber der Ukraine aktiv. Das estnische Militär unterstützte die Franzosen während des Einsatzes in Mali, und Rettungskräfte und Krisenmanagementexperten gingen unmittelbar nach dem tragischen Erdbeben vom Februar 2023 in die Türkei. Estland ist ein kleines Land mit begrenzten Ressourcen - aber die Liberalen hier tun ihr Bestes, um zu zeigen, dass diese Ressourcen jederzeit für die Bedürfnisse eines jeden Verbündeten mobilisiert werden können. Worte werden sofort zu Taten. Estland ist prozentual gesehen der weltweite Spitzenreiter bei der Hilfe für die Ukraine. Nach Berechnungen des Deutschen Instituts für Weltwirtschaft in Kiel hat das kleine baltische Land den Behörden in Kyjiw seit Beginn des Krieges Hilfe im Wert von 1,2 Milliarden Euro geleistet, was mehr als 3 % des gesamten lokalen BIP entspricht. Die Esten sind führend bei der humanitären Hilfe und der direkten militärischen Unterstützung. Letztere entspricht 2,6 % des BIP. Im Falle Polens sind es weniger als 0,5 % des BIP. Darüber hinaus hört die estnische Unterstützung nicht auf. Wenige Tage vor unserem Treffen kündigte Hanno Pevkur an, den Ukrainern Ausrüstung im Wert von 20 Millionen Euro zu übergeben. (...) Vor dem Gespräch übergab mir die Sprecherin zwei englischsprachige Publikationen. Bei der einen handelt es sich um den weltberühmten estnischen Geheimdienstbericht, dessen Schlussfolgerung unmissverständlich war: Russland steuert auf eine offene Konfrontation mit dem Westen zu. Es sei nicht mehr eine Frage des „ob“, sondern des „wann“. Die Broschüre umfasst 88 Seiten. (...) In der Mitte der Veröffentlichung – wird mit Russland erschreckt, aber durch sachliche Analyse unterstützt. Darüber hinaus ist sie weitreichend, da sich der Geheimdienst nicht nur auf militärische Aktionen oder Aktivitäten in den baltischen Staaten konzentriert hat.

## **Deutschland könnte mehr tun. Und es geht nicht nur um die Taurus-Raketen**

Estland hat zwar mit 338 Kilometer eine lange Grenze zu Russland, aber jeder hier weiß genau, dass der Kreml an mehreren Fronten gleichzeitig in die Offensive geht, viele davon tausende von Kilometern von Narva, Tartu oder Tallinn entfernt. So schreiben die Esten über das Abkommen über ukrainische Getreideexporte als ein „Instrument der russischen Außenpolitik“. Dabei fügen sie hinzu, dass „die UNO für Russland eine Plattform für die Verbreitung falscher Narrative und die Verfolgung seiner eigenen Ziele bleibt, insbesondere gegenüber den Ländern des globalen Südens“. Die Zusammenarbeit des FSB mit russischen wissenschaftlichen Einrichtungen wird unter die Lupe genommen, und die Publikation enthält auch eine detaillierte Analyse der Folgen des Umzugs der Wagner-Gruppe nach Belarus. Es gibt Namen, Fotos und Biografien. Für die Esten ist Russland jedoch nicht so sehr eine Bedrohung an sich, sondern Teil eines umfassenderen Phänomens der geopolitischen Multipolarität und des Niedergangs der liberalen Nachkriegsordnung. Deshalb sind die letzten beiden Kapitel des Berichts China gewidmet - seiner Ideologie, seiner Auslandsexpansion, seinen Spionageinstrumenten. Auch hier ist die Schlussfolgerung mehr als aufschlussreich. Estland will Teil des Westens sein, ein aktiver Teil davon. Indem es seine Bürger warnt, warnt es daher alle in der Union und der NATO. Das behauptet auch Pevkur, obwohl sowohl seine Worte als auch sein Auftreten Gelassenheit ausstrahlen. Er ist der Verteidigungsminister des Landes, das Putin wahrscheinlich am meisten in der EU oder der NATO stört, aber in seinem Gespräch mit mir tut er alles, um mich glauben zu lassen, dass er selbst die Situation unter Kontrolle hat. „Schlafen Sie in letzter Zeit gut? Immerhin haben Sie Grund, gestresst zu sein. Auf der einen Seite die drohende russische Invasion, auf der anderen Seite ein zögerlicher Westen, der es nicht eilig hat, der Ukraine zu helfen.“ „Ich bin schon zu lange in der Politik, um nicht gut zu schlafen“, lacht Pevkur. „Entscheidungsfindung erfordert Engagement, man muss mit dem Verstand, aber auch mit seiner Persönlichkeit handeln. Es ist bekannt, dass ich über die aktuelle Situation besorgt bin, aber ich muss ruhig bleiben, nüchtern denken. Das ist eine Grundvoraussetzung in jeder Krise. Sonst trifft man die falschen Entscheidungen.“

„Eines weiß ich mit Sicherheit. Russland wird sich nicht ändern, zumindest nicht in naher Zukunft. Das bedeutet für uns, dass ihre Drohungen so ernst wie möglich genommen werden müssen. Das haben wir 2008 in Georgien gesehen, 2014 auf der Krim und 2022 bei der umfassenden Invasion in der Ukraine.“ (...)

„Sie haben den Ukrainern gerade eine weitere Tranche im Wert von 20 Millionen Euro geschickt. Seit Beginn des Krieges haben Sie den Ukrainern proportional gesehen ein Vielfaches mehr an Mitteln zur Verfügung gestellt als Frankreich oder Deutschland. Ist das nicht frustrierend für Sie? Ein so kleines Land, eine so große Anstrengung, und andere, größere Länder, zögern es hinaus.“

„Ich bin davon überzeugt, dass, wenn alle Länder der Ramstein-Gruppe [ein Bündnis von 56 Ländern, darunter alle NATO-Mitglieder, die die Ukraine militärisch unterstützen] dasselbe täten, der Krieg bereits zu Ende wäre - mit einem Sieg der Ukraine. Als wir die Strategie vorbereiteten, die zum Sieg Kyjiws führen soll, berechneten wir, dass sich die Unterstützung für die Ukraine bei einem Engagement aller Mitglieder der Gruppe in Höhe von 0,5 Prozent des BIP auf 120 Milliarden Euro belaufen würde. Letztes und vorletztes Jahr haben wir nur die Hälfte dieses Betrags erreicht. Wir tun also doppelt so wenig wie nötig. Aber es ist eine Frage der Perspektive - denn damit kann man sehen, dass es einen Weg gibt, der zum Sieg führt.“

„Dann lassen Sie uns über Einzelheiten sprechen. Zum Beispiel über Deutschland. Im November sagten Sie, wenn die baltischen Staaten nicht verteidigt werden könnten, wäre Berlin als nächstes dran. Haben Sie nicht den Eindruck, dass diese Botschaften von Ihnen in Deutschland nicht ankommen? Oder dass sie nicht ernst genug genommen werden?“

„Deutschland tut heute mehr als im letzten Jahr. Seit Beginn des Krieges hat es die Ukraine mit 7 Milliarden Euro unterstützt. Ich sehe in Deutschland eine klare Bereitschaft zum Handeln. Auch die jüngsten Erklärungen von Frankreichs Präsident Macron oder von führenden Politikern im Vereinigten Königreich zeigen, dass diese Länder bereit sind, sich stärker zu engagieren. Aber es kommt nicht nur auf den politischen Willen an, sondern auch auf Entscheidungen - und die brauchen wir jetzt. Wenn wir über Deutschland sprechen, ist es wichtig, daran zu denken, dass es augenscheinlich viel für die Ukraine tut, aber es muss selbst sehen, was es mit seinen Ressourcen anbieten kann und was es anders machen kann. Wenn wir zum Beispiel über die Taurus-Raketen sprechen, die jetzt in aller Munde sind, müssen wir

bedenken, dass es sich dabei nicht um eine Geheimwaffe handelt, mit der die Ukraine plötzlich den Krieg ein für alle Mal gewinnen wird. Es ist ein Motivationsanreiz, wie die Übergabe von SCALP- oder Storm Shadow-Raketen oder F-16-Kampfflugzeugen. Manchmal braucht man eine solche Botschaft, nicht nur um die Menschen an der Front zu motivieren, sondern um Russland in eine schwierigere Lage zu bringen.“ (...) „Die Soldaten auf dem Schlachtfeld müssen das Gefühl haben, dass wir sie unterstützen, dass diese Ausrüstung zu ihnen fließt und fließen wird. Es ist sehr wichtig, dass wir nicht nur sagen, wir werden Nachschub schicken. Sie müssen sehen, dass jeden Tag neue Transporte zu ihnen kommen.“

### **Wir Esten sind besser auf eine Invasion vorbereitet**

„Wir haben immer in unmittelbarer Nachbarschaft zu Russland gelebt. Wir wissen, was es bedeutet, wenn sie hinter uns her sind. Wir machen uns keine Illusionen, dass Russland keine Bedrohung darstellen könnte. Deshalb haben wir unsere Rüstungsausgaben auf 3,2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts erhöht und werden sie auch in den kommenden Jahrzehnten auf diesem Niveau halten. Mit den anderen baltischen Staaten haben wir beschlossen, eine gemeinsame Verteidigungslinie mit 600 Bunkern entlang der Grenzen zu Russland und Belarus zu bauen.“ (...) „Ich wage zu behaupten, dass die Menschen in Estland besser vorbereitet sind als viele andere Nationen, denn wir haben viele Jahre lang im Schatten dieser Bedrohung gelebt. Wir waren unter Besatzung, wir wissen, was das bedeutet. Deshalb unterrichten wir Studenten an Universitäten und weiterführenden Schulen, wir bilden Unternehmer, Manager und Entscheidungsträger in privaten Unternehmen aus. All das tun wir schon seit vielen Jahren. Auch innerhalb der Armee und der Zivilverteidigung.“

„Aber es ist klar, dass wir mehr tun können. Jedes Land kann mehr tun, sogar jeder Bürger. Die grundlegende Frage, die sich jeder stellen sollte, betrifft die Versorgung. Habe ich genug Lebensmittel und Wasser für eine Woche? 10 Tage? Habe ich Batterien? Habe ich ein batteriebetriebenes Radio? Gibt es einen Ort - z. B. eine Zweitwohnung -, an den ich flüchten könnte, wenn mit meinem täglichen Aufenthaltsort etwas nicht stimmt? Das sind alles Fragen, die sich in unserer Gesellschaft regelmäßig stellen. Und das schlägt sich in konkreten Maßnahmen nieder, denn wenn die Menschen über etwas reden, fangen sie an, selbst darüber nachzudenken und nach Lösungen zu suchen. Ich denke, Polen ist auch deshalb in einer einzigartigen Position, weil man eben auch an diese russische Bedrohung gewöhnt ist. Und die Menschen haben auch Ferienhäuser, Notunterkünfte. Unter dem Gesichtspunkt der Verteidigung ist es sehr wichtig, dass Ihr Land so aussieht, dass es Ihnen die Möglichkeit gibt, zum Beispiel aufs Land zu fliehen.“ (...)

Als ich den Minister direkt frage, ob er hundertprozentig davon überzeugt sei, dass sich die Franzosen, Amerikaner oder Spanier im Falle einer Invasion in den Tod stürzen würden, um Narva zu verteidigen, fühlt sich der Minister leicht beleidigt. „Jedes NATO-Land hat diese Verpflichtung übernommen, und sie ist sehr einfach. Einer für alle, alle für einen. Wenn jemand meint, dass diese Verpflichtung nicht das Richtige für ihn ist, dann sollte er über den Sinn seiner Mitgliedschaft in diesem Bündnis nachdenken. Wenn es eine Bedrohung für die Vereinigten Staaten gäbe, müssten wir alle bereit sein, dorthin zu gehen und ihnen zu helfen. Dasselbe gilt, wenn Estland oder Polen bedroht wären. Das ist der Kern der NATO. Deshalb haben wir nicht weniger als 32 Mitglieder - weil wir uns alle verpflichtet haben, uns gegenseitig zu verteidigen, wenn es nötig ist.“ (...)

„Wie sehr sind Sie über Herrn Trump besorgt?“ „Ehrlich? Nicht besonders. Die Amerikaner wählen ihren Präsidenten, nicht wir. Wen auch immer sie wählen, wir müssen diese Wahl respektieren, so wie sie unsere Wahl respektieren. Es ist unsere Pflicht, gute bilaterale Beziehungen zu pflegen. Im Zusammenhang mit der NATO hat Donald Trump bisher nur zu einem Thema Stellung bezogen, aber auf sehr entschiedene Weise: Er sagte, dass wir 2 % des BIP in unsere eigene Verteidigung investieren müssen. Und das ist etwas, worauf sich alle Mitglieder des Bündnisses geeinigt haben. Alle anderen Themen sind innenpolitische Angelegenheiten, es geht um die Innenpolitik. Als Trump Präsident war, haben wir keinen Wechsel in seiner diplomatischen Strategie, keinen anderen Ansatz gesehen. Deshalb bin ich der festen Überzeugung, dass es selbst unter den Republikanern viele Menschen gibt, die den Wert der NATO verstehen und wissen, warum Europa für die Vereinigten Staaten so wichtig ist wie die Staaten für Europa.“ Wir beenden das Gespräch, der Minister steht auf und verschwindet in dem Labyrinth der Gänge. Eleka Rugam-Rebane begleitet mich zum Ausgang, gibt mir Ratschläge, was ich besichtigen soll. Vieles,

denn Tallinn mag eine kompakte Stadt sein, aber sie ist übersät mit wichtigen Stätten - vor allem was die jüngere Geschichte betrifft. (...) An diesem Tag gedenken die Esten der 22 000 Opfer der sowjetischen Deportation nach Sibirien im Jahr 1949. Schüler legen Kerzen nieder, lokale Fernsehaufnahmen entstehen, Eltern erklären den Kindern, worum es geht. An der Nordfront eines Platzes steht ein achtstöckiges Gebäude. Die Fassade ist mit den Flaggen Estlands und der Ukraine bedeckt, die zusammengenäht sind. Da sich die Deportation in diesem Jahr zum 75. Mal jährt, hat die Gedenkveranstaltung eine besondere Form. In der Mitte des Platzes wurde ein Projektor aufgestellt, der nach Norden ausgerichtet ist. Die Namen der 22.000 Opfer der sowjetischen Gewalt fließen nacheinander über eine große Leinwand in den Farben der beiden Länder, die vom Imperium so schwer heimgesucht wurden.

**Zsfg.: AV**

<https://wyborcza.pl/magazyn/7,124059,30849947,coziennie-pytamy-czy-mamy-jedzenia-i-wody-na-10-dni-baterie.html>



## Gesetz über Lebenspartnerschaften doch nicht so schnell? Kotula: PSL hat Zweifel



Quelle: [wyborcza.pl](http://wyborcza.pl)

Der Parlamentsentwurf zur Lebenspartnerschaft ist bereits fertig, die Linke könnte ihn praktisch jederzeit einbringen. Gleichstellungsministerin Katarzyna Kotula drängt jedoch darauf, dass er als Regierungsvorlage und damit mit höherem Rang behandelt wird. Die Einführung eines Lebenspartnerschaftsgesetzes stand auf der Liste der „100 konkreten Wahlversprechen der Bürgerkoalition für die ersten 100 Tage in der Regierung“, für die die Regierung von Donald Tusk nun penibel zur Rechenschaft gezogen wird.

Im März hatten wir Ministerin Kotula im Sejm nach der unmittelbaren Zukunft des Projekts gefragt. „Bitte geben Sie uns noch ein paar Tage Zeit, die Diskussionen sind im Gange“, bat sie damals. Heute gibt es jedoch keine Anzeichen dafür, dass die Debatte z. B. auf der kommenden Sejm-Sitzung vom 10. bis 12. April stattfinden wird. „Das Lebenspartnerschaftsgesetz stand nicht im Koalitionsvertrag, aber ich setze mich trotzdem für die Sache ein“, sagt Ministerin Kotula. Die Politikerin der Linken betont, dass es sich um ein Gesetz handle, das „eine Reihe von Bereichen“ berühre, weshalb man sich gut darauf vorbereiten müsse. „In den letzten acht Jahren hatten wir schon viele Gesetze, die plötzlich auftauchten, deren Qualität aber höchst fragwürdig war“, argumentiert sie.

### Die PSL hat Zweifel. Geht dadurch die Institution Ehe unter?

Gleichzeitig macht Kotula keinen Hehl daraus: Sie befürchtet, dass das Lebenspartnerschaftsgesetz in seiner jetzigen Form vom Sejm abgelehnt werden könnte. Und sie will sicher sein, dass es zu einem



Entwurf kommt, zu dem es keine weiteren Bemerkungen geben wird. „Einen Gesetzentwurf vorzulegen, der zum Scheitern verurteilt ist, ist kein Sieg. Und keine Veränderung“, sagt sie.

Woran (oder an wen) würde dieses Scheitern also festgemacht? Die Gespräche in der Koalition des 15. Oktober sind noch nicht abgeschlossen. Nach Aussage der Ministerin laufen sie „nicht schlecht“. In der Tat werden die Emotionen nicht mehr durch rechtliche Fragen wie Erbschaft, Gütergemeinschaft oder Zugang zu medizinischen Informationen geweckt. Zweifel kommen jedoch beim Punkt „Adoption von Kindern“ auf, wo von bis zu 100.000 Kindern die Rede ist, die in Regenbogenfamilien aufwachsen. PSL-Politiker befürchten auch den „Untergang der Institution Ehe“, wenn Lebenspartnerschaften auch von heterosexuellen Paaren eingegangen werden dürften. „Dem kann ich nicht zustimmen“, entgegnet Katarzyna Kotula. „Wir sammeln derzeit Daten darüber, wie die Situation in anderen Ländern aussieht, die diese Gesetze bereits verabschiedet haben. Wir prüfen, wie viel Prozent der heterosexuellen Paare von diesem Recht Gebrauch gemacht haben“, fügt sie hinzu.

Sie will ihre PSL-Kollegen (insbesondere, wie sie betont, die Kollegen) mit einem weiteren Argument überzeugen. „In der aktuellen geopolitischen Lage sind Lebenspartnerschaften eine Sicherheitsfrage. Die ukrainische Regierung hat vor kurzem Online-Ehen zugelassen“, betont sie. Sie erinnert daran, dass der stellvertretende Ministerpräsident und Verteidigungsminister Władysław Kosiniak-Kamysz wahrscheinlich nicht ohne Grund kürzlich die Einführung einer Karte für Militärfamilien angekündigt hat.

Nach Ansicht von Katarzyna Kotula wäre das Projekt der Lebenspartnerschaft ohne die Regelung für Kinder in nicht-heteronormativen Familien unvollständig. Statt sich zu beeilen, zieht sie es daher vor, zu warten und die Unentschlossenen sachlich zu überzeugen. Sie hält auch eine Reihe von Treffen ab, zum Beispiel mit Vertretern anderer EU-Länder oder dem Ombudsmann für Kinder. „Es geht nicht darum, die Sache 'auf unbestimmte Zeit' zu verschieben, sondern um einen Ansatz mit gesundem Menschenverstand“, versichert die Ministerin.

Kotula räumt ebenso ein, dass das Handeln durch das Veto von Präsident Andrzej Duda gegen die Pille danach am Freitag etwas ins Stocken geraten ist. „Wir haben beobachtet, was er tun würde. Sachliche Argumente erreichen ihn nicht, er hat lieber auf rechte Fundamentalisten gehört“, sagt sie.

**Zsfg.: AV**

<https://wyborcza.pl/7,75398,30850566,ustawa-o-zwiazkach-partnerskich-jednak-nie-tak-szybko-kotula.html#S.TD-K.C-B.1-L.1.duzy>

## ZITAT DER WOCHE



Quelle: [polskieradio.pl](https://polskieradio.pl)

„Diejenigen, die es vor ein paar Jahren selbstlos gewagt haben, sich gegen die Lügen und den Diebstahl der Regierenden auszusprechen, verdienen Respekt. Vor allem von denjenigen, die an ihrer Zusammenarbeit mit dieser Regierung ziemlich viel Geld verdient haben ....“

**Donald Tusk**

Quelle: <https://x.com/donaldtusk/status/1773597427708154028?s=20>

### **bundle.app**

Angst vor Putin: Viele Polen planen ihre Flucht

<https://www.bundle.app/de/nachrichten/angst-vor-putin:-viele-polen-planen-ihre-flucht-05d84362-dbb3-4e5e-9384-33672d0d459e>

---

### **inforadio.de**

Der Ex-Exorzist

<https://www.inforadio.de/rubriken/in-polen/2024/in-polen-nach-der-wahl-der-ex-exorzist--17-.html>

---

### **euroactiv.de**

Polnische Landwirte besetzen Landwirtschaftsministeriums vergebens

<https://www.euractiv.de/section/europa-kompakt/news/polnische-landwirte-besetzen-landwirtschaftsministeriums-vergebens/>

---

### **deutschlandfunk.de**

Außenminister Deutschlands, Frankreichs und Polens fordern Aufrüstung in Europa

<https://www.deutschlandfunk.de/aussenminister-deutschlands-frankreichs-und-polens-fordern-aufruestung-in-europa-100.html>

---

### **euroactiv.de**

Trotz neuer Regierung: Zuspruch zur EU nimmt in Polen stark ab

<https://www.euractiv.de/section/europa-kompakt/news/trotz-neuer-regierung-zuspruch-zur-eu-nimmt-in-polen-stark-ab/>

**DIALOG FORUM – Perspektiven aus der Mitte Europas**

<https://forumdialog.eu/>

**POLEN und wir – älteste Zeitschrift für deutsch-polnische Verständigung**

<http://www.polen-und-wir.de/>

**REDAKTION:**

[kontakt@mitte21.org](mailto:kontakt@mitte21.org)

Christel Storch-Paetzold

Jerzy Paetzold | Andreas Visser | Krzysztof Wójcik